

Jenseits von Polarisierung Wie ein Zweckbündnis von Wissenschaft und Politik in der Arktis dem Ausgleich dient

Nicolas Rüffin

Die Arktis hat sich – glaubt man den Schlagzeilen mancher Medien – zu einem prominenten Schauplatz globaler Konflikte entwickelt. Mit dem Abschmelzen der polaren Eisdecke reißen demnach alte Konfliktlinien wieder auf und neue Verteilungskämpfe gewinnen an Brisanz. War die Arktis früher eine Region, die nur für Spezialisten aus Militär und Wissenschaft, für Naturliebhaber und Abenteuerlustige interessant schien, rückt sie, befeuert durch spektakuläre Meldungen, mehr und mehr ins Bewusstsein der Öffentlichkeit. Als Russland 2007 seine Flagge am geografischen Nordpol platzierte oder zehn Jahre später ein russischer Tanker ohne Unterstützung von Eisbrechern die Nordostpassage durchquerte, ließen die Spekulationen über geostrategische Interessenkonflikte nicht lange auf sich warten. Gleichermäßen besorgniserregend lesen sich die regelmäßigen Berichte über das rasante Abschmelzen des arktischen Eises.

Klar ist, dass die Regionen um den Nordpol – bisher stets an der Peripherie der Zivilisation gelegen und Heimat von gerade einmal vier Millionen Menschen – radikalen Veränderungen ausgesetzt sind. Auf der einen Seite eröffnet der Klimawandel ökonomische Entwicklungsmöglichkeiten durch neue Schifffahrtsrouten und die leichtere Förderung natürlicher Rohstoffe, seien es Fischgründe oder Öl- und Gasvorkommen. Auf der Kehrseite entstehen neue Herausforderungen für den Umweltschutz und für die Bewahrung traditioneller Gesellschaftsformen, von sicherheitspolitischen Überlegungen ganz zu schweigen. Angesichts dieser Bündelung brisanter Themen und ihrer potenziell globalen Auswirkungen verwundert es nicht, dass sich immer mehr Staaten für die Arktis interessieren. Mittlerweile haben sogar Indien, Singapur und die Schweiz Arktisstrategien entwickelt und erste Schritte unternommen, ihre Interessen in der Region abzustecken. Doch anstatt von Kanonenbootdiplomatie oder Konfliktszenarien liest man in diesen Dokumenten beinahe immer von der herausragenden Rolle der Wissenschaft in allen ökologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Fragen.

Aber warum wird Wissenschaft und Kooperation eine so wichtige Rolle in der Arktis zugewiesen? Und was hat das mit *Science Diplomacy* zu tun?

Science Diplomacy umfasst nach einer weithin gängigen Lesart zwei Komponenten: Unter *Science for Diplomacy* behandelt man die Frage, was Wissenschaft dazu beitragen kann, um zwischenstaatliche Beziehungen zu pflegen und zu verbessern. Mit *Diplomacy for Science* bezeichnet man den umgekehrten Fall, wenn es also darum geht, diplomatische Aktivitäten dafür zu nutzen, wissenschaftliche Kooperationen über Landesgrenzen hinweg zu fördern. Aber was wollen Wissenschaftler, die sich mit der Arktis befassen, von der Politik? Und welche Erwartungen haben Diplomaten an Forschende im Dienste der Staatsräson?

Aus der Perspektive der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ist diese Frage verhältnismäßig leicht zu beantworten. Ihr Interesse gilt der uneingeschränkten Forschung unter optimalen Bedingungen. Das umfasst möglichst ungestörte transnationale Kooperationen ebenso wie den Zugang zu Forschungsobjekten und -daten sowie die finanzielle Förderung von Projekten. Im Alltag stellen sich diesen Interessen schnell banal anmutende Hindernisse in den Weg. Visafragen und Sprachbarrieren behindern mitunter die Mobilität von Forschern. Logistische Probleme entstehen beim Versand von Proben über Lan-

Summary: The Arctic is more and more seen as a zone of conflict by the media. The region faces tremendous challenges caused by climate change. Aside from alarming news stories, evidence shows that actors in the Arctic collaborate peacefully on several occasions. Scientific collaboration as a type of *Science Diplomacy* occupies a central role in the region's governance regime. States employ science as soft power. In return, scientists receive support for their research projects. This strategic alliance is likely to gain more importance in the future.

Kurz gefasst: Die Arktis wird medial zunehmend als Schauplatz globaler Konflikte inszeniert. Die Region steht vor großen Herausforderungen, die durch den Klimawandel verursacht werden. Jenseits von Horrormeldungen und Panikmache zeigt sich aber, dass Akteure in der Arktis auf zahlreichen Ebenen miteinander kooperieren. *Science Diplomacy* in Form von wissenschaftlichen Kooperationen spielt eine zentrale Rolle im regionalen Governance-Regime. Staaten nutzen Wissenschaft als „soft power“, im Gegenzug erhalten Wissenschaftler Unterstützung für ihre Forschungsvorhaben. Die Bedeutung dieses Zweckbündnisses scheint in Zukunft noch zuzunehmen.

desgrenzen hinweg – Forschung in der Arktis muss die Rechtslage in bis zu fünf Anrainerstaaten berücksichtigen. Hinzu kommt, dass viele der wissenschaftlichen Projekte – zum Beispiel die Fahrten des deutschen Forschungsschiffs Polarstern – dort komplexe Infrastrukturen und enorme finanzielle Ressourcen benötigen, die ein einzelner Förderer in der Regel nicht aufbringen kann oder möchte. Transnationale Forschungsverbände und internationale Kooperationen von Förderern werden damit zu einem pragmatischen Weg, teure und aufwendige Vorhaben der *Frontier Research* zu verfolgen. Wissenschaftler sind also in vielfältiger Weise auf Unterstützung der arktischen Anrainer und jener Länder angewiesen, die an der Nordpolarzone interessiert sind.

Im Gegenzug stellt die Förderung wissenschaftlicher Projekte in der Arktis für Staaten gewissermaßen die Eintrittskarte dar, um sich am vielschichtigen Governance-Regime der Arktis zu beteiligen. Entgegen der verbreiteten Vorstellung der Arktis als eine Art „Wilder Westen“ im hohen Norden handelt es sich nämlich keineswegs um eine gesetzlose Sphäre nicht eingehogter Interessengensätze. Vielmehr bestimmt dort ein dichtes Geflecht von nationalen Hoheitsgebieten, bi- und multilateralen Verträgen sowie intergouvernementalen Gremien das Bild. Viele der maßgeblichen Institutionen fußen auf der Kooperation wissenschaftlicher Experten und auf wissenschaftlichen Erkenntnissen. Investitionen in wissenschaftliche Projekte werden damit zu einem Instrument von *Science for Diplomacy* zur Pflege internationaler Beziehungen. Im Folgenden sei nur ein Beispiel herausgegriffen.

Mit dem Arktischen Rat wurde im ausgehenden 20. Jahrhundert eine Plattform etabliert, die der multilateralen Koordination staatlicher Aktivitäten in der Arktis dienen soll und lediglich sicherheitspolitische Thematiken explizit ausklammert. Acht Mitgliedsstaaten, sechs Organisationen indigener Bevölkerungsgruppen und eine Fülle von Beobachterstaaten und -organisationen stimmen sich in diesem Forum über länderübergreifende, regionale Herausforderungen (primär im Bereich Umwelt und Nachhaltigkeit) ab. Sechs permanente Arbeitsgruppen, ad hoc zusammengestellte Taskforces und Expertengruppen erarbeiten Dossiers und politische Empfehlungen etwa zur Bewahrung der arktischen Flora und Fauna oder zum Schutz der arktischen Meere. Diese Empfehlungen bilden zwar keine rechtlich verbindlichen Erklärungen, sie sind jedoch die Basis für multilaterale, verbindliche Abkommen, beispielsweise zur Prävention und Bekämpfung zukünftiger Ölkatastrophen am Polarkreis.

Für Beobachterstaaten im Arktischen Rat, die an Entscheidungsprozessen arktischer Governance teilhaben wollen, ist es daher beinahe unabdingbar, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus ihren Ländern zur Beteiligung an den Arbeitsgruppen und Taskforces zu ermuntern. Das wissenschaftliche Engagement sichert den Staaten gewissermaßen einen Platz am Tisch. Dies erklärt zumindest teilweise den Stellenwert, den viele Staaten kooperativen wissenschaftlichen Projekten beimessen. Kaum ein Land kommt ohne den Verweis auf die Bedeutung der Forschung aus, wenn es seine Interessen in der Arktis definiert. Dabei geht es nicht nur um Lippenbekenntnisse. So betreiben etwa Deutschland und Großbritannien zahlreiche Forschungsprojekte in der Arktis und haben eigens Anlaufstellen („Arktisbüros“) eingerichtet, um die jeweiligen nationalen Akteure besser zu koordinieren. Über die initiale wissenschaftliche Beteiligung eröffnen sich dann auch Zugänge zu anderen Politikfeldern. So dient das deutsche Arktisbüro etwa auch dem Zweck, Vertreter der Wirtschaft ins Netzwerk der Arktisinteressierten zu integrieren. Deutschland ist damit kein Einzelfall. Viele Staaten betonen in ihrer jeweiligen Arktisstrategie die enormen Potenziale einer weiteren Erschließung der Region für die heimische Wirtschaft, etwa im Bereich mariner Hochtechnologien.

Jenseits der Funktion als Eintrittskarte trägt Wissenschaft zu einem gewissen Grad auch dazu bei, multilaterale Kooperationen auf einer sachbezogenen Ebene zu stabilisieren. Sie dient dann weniger als Türöffner, sondern eher als Motoröl, das die Maschine zwischenstaatlicher Kooperation funktionsfähig hält. Der Zusammenarbeit im Arktischen Rat kommt die universalistische Dimension wissenschaftlichen Arbeitens sicherlich stark zugute. Ein wissenschaftlich-fachlicher Diskurs erfordert Kooperations- und Verständigungsbereitschaft über

nationale und sprachliche Grenzen hinweg. Etablierte Standards guter wissenschaftlicher Arbeit, geteilte mathematische Modelle und Theoriebestände sowie eine der Transparenz verpflichtete globale Publikationskultur bieten die Grundlage für Wissenschaftler, Erkenntnisse auszutauschen, zu erörtern und ihre Regierungen auf Basis dieses Diskurses „neutral“ zu beraten. Internationale wissenschaftliche Netzwerke und Projekte bieten sogar prinzipiell die Möglichkeit, politisch sensible Fragen jenseits offizieller diplomatischer Zusammenhänge zu diskutieren und Konsens zu suchen. Wissenschaftliche Erkenntnisse, die in multinationalen Teams erarbeitet und in multilateralen Foren diskutiert und abgestimmt werden, sind zum Mittel der Wahl geworden, um aufkommende Konflikte in der Arktis zu moderieren und nach akzeptablen Lösungen für alle Beteiligten zu suchen.

Der Anteil der Wissenschaft an der Governance in der Arktis konnte so bedeutend werden, weil die Interessen von Wissenschaftlern und Politik in einer Art Win-win Situation konvergieren. Der Wissenschaft stehen durch die Einbindung in internationale Forschungsprojekte die Ressourcen zur Verfügung, um belastbare und innovative Erkenntnisse zu generieren. Zugleich eröffnen sich damit neue Kooperationsmöglichkeiten über nationalstaatliche Grenzen hinweg. Die Politik wiederum profitiert von den transnationalen Kommunikationskanälen der Wissenschaft und wissenschaftlichen Erkenntnissen über Potenziale und Herausforderungen in der Arktis. So verzichtet sie auf die Demonstration von *hard power* und verfolgt stattdessen ihre kurz- und langfristigen geostrategischen und wirtschaftlichen Interessen in der Arktis mithilfe der *soft power* Wissenschaft. In diesem Zweckbündnis nutzt jede Seite die Ressourcen der jeweils anderen, um die eigenen Ziele besser verfolgen zu können. Das Resultat dieser Interaktion ist eine Förderung von wissenschaftlichen Projekten in der Arktis, die sich von 2007 bis 2016 auf mindestens sieben Milliarden US-Dollar belief.

Gleichwohl ist dieses Zusammenspiel weder selbstverständlich noch spannungsfrei. Sollten wissenschaftliche Erkenntnisse nicht länger als gemeinsamer Nenner für politische Verhandlungen akzeptiert werden oder sich Prioritäten und Interessen einzelner Akteure massiv ändern, würde das den Status quo im Arktischen Rat, ja sogar dessen Arbeitsgrundlage massiv beeinträchtigen. Für die Wissenschaftler geht es dabei stets um einen Balanceakt zwischen allzu problematischer Auftragsforschung und legitimer Partizipation an der Governance der Region. Falls die Forschung durch ökonomische oder politische Partikularinteressen dominiert und nur noch als legitimierender Deckmantel für ein ganz anderes Spiel genutzt würde, verlöre sie ihren Wert für die Diplomatie am Polarkreis.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist eine solche Tendenz glücklicherweise nicht zu erkennen. Im Gegenteil deuten einige Zeichen darauf hin, dass die Bedeutung der Wissenschaft für die internationale Politik in den Polarregionen weiterwächst. So haben die Mitglieder des Arktischen Rates im Mai 2017 in Fairbanks, Alaska, ein rechtsverbindliches Abkommen zur Förderung der wissenschaftlichen Kooperation geschlossen. Ob und wie die unterzeichnenden Staaten dieses Abkommen tatsächlich mit Leben füllen, bleibt allerdings abzuwarten. Die Aussichten für eine weiterhin wissenschaftsbasierte Governance der Arktis – *Polarisierung* scheint hier auf den Kopf gestellt – sind zumindest nicht schlecht.

Literatur

Berkman, Paul Arthur/Kallerud, Lars/Pope, Allen/Vylegzhanin, Alexander N./Young, Oran R.: „The Arctic Science Agreement Propels Science Diplomacy“. In: *Science*, 2017, Jg. 358, H. 6363, S. 596–598.

Osipov, Igor A./Radford, Giles/Aksnes, Dag. W./Sorensen, Aaron: *International Arctic Research: Analyzing Global Funding Trends. A Pilot Report (2017 Update)*. London: Digital Science 2017.

Schulze, Vincent-Gregor (2017). *Arktisstrategien Überblick 2017*. Online: http://www.arctic-office.de/fileadmin/user_upload/www.arctic-office.de/PDF_uploads/Arktisstrategien_DE_10.11.17 (Stand 16.01.2018).



Nicolas Rüffin ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Projektgruppe der Präsidentin. Seine Forschungsthemen umfassen die Science Diplomacy, die Wissenschaftspolitik beziehungsweise Kooperation und Konkurrenz in der Wissenschaft. (Foto: privat)

nicolas.rueffin@wzb.eu